

KASSELER LINKE GEGEN HARTZ IV

Her mit dem Sozialticket für Kassel

In den Regelsatz von Hartz IV sind die Kosten für Mobilität, mit weniger als 20 Euro pro Monat eingerechnet. Wie weit kommt man damit in Kassel?

Wer sich eine Wochenkarte zu 17,50 Euro kauft, hat in einer Woche fast soviel ausgegeben, wie der Regelsatz für den ganzen Monat für alle Fahrten vorsieht. Noch schlechter ist dran, wer im Landkreis wohnt, aber nach Kassel fahren muss oder möchte. Bei der Preisstufe 5 kostet die Tageskarte, an einem Tag nach Kassel und zurück, 11,50 Euro. Wer zweimal im Monat nach Kassel fährt, hat weit mehr ausgegeben, als der Regelsatz im ganzen Monat für alle Fahrten vorsieht. Sei es eine Fahrt ins Kino, Kinder zu Freunden zu bringen, Fahrt zum Arzt, zu Behörden, um Arbeit zu suchen, das alles wird unbezahlbar, weil der Regelsatz von Anfang an zu niedrig bemessen ist und trotz des Preisanstiegs gerade bei Lebensmitteln, Strom, Nahverkehr seit Jahren fast nicht erhöht wurde.

Die Forderung nach einem Sozialticket ist von den großen Parteien in Kassel bis-



► Sozialticketinitiativen

Der 'Initiativkreis Sozialticket' ist per eMail zu erreichen:

Sozialticket-Kassel@t-online.de

Unter dieser Adresse kann man einen Aufruf zur Unterstützung und Mitarbeit anfordern.

Wer mehr über Sozial-Tickets in anderen Städten erfahren möchte:

In Leipzig hat sich am 27.03.2008 die SPD-Fraktion für ein Sozialticket ab August 2008 ausgesprochen.

www.sozialticket-leipzig.de

Der Rat der Stadt Dortmund hat am 13.12.07 die Einführung des Sozialtickets zunächst für einen zweijährigen Modellversuch beschlossen.

www.sozialticket.dortmund.de

her immer abgelehnt worden. Angeblich habe man das schon geprüft, angeblich sei das nicht bezahlbar. Wenn man so tut, als würden tausende Kunden vom bisher teuren normalen Monatsticket auf ein günstiges Sozialticket umsteigen, dann ergibt sich rein rechnerisch ein enormer Zuschussbedarf.

Aber so liegen die Dinge nicht. Wer von 345 Euro im Monat lebt, kann nie und nimmer die 58 Euro für ein normales Monatsticket aufbringen. Mann oder Frau verzichtet, geht zu Fuß, fährt Rad, kauft mal ein Kurzstrecken-Ticket, fährt zur Not schwarz. Einnahmen hat die KVG dabei fast nicht. Ein erschwingliches Sozialticket kann ein Vorteil für beide Seiten sein: Für alle mit niedrigem Einkommen, die sich endlich eine Monatskarte leisten können, und für NVV und KVG, die neue Kunden gewinnen.

Dass so etwas klappt, hat der NVV selbst mit dem Senienticket für Nordhessen gezeigt. Für 410 Euro im Jahr, etwa 34 Euro im Monat, kann man in ganz Nordhessen

mit Bus und Bahn fahren, wenn man den 60. Geburtstag hinter sich hat. Den Seniorinnen und Senioren sei's gegönnt. Für den NVV rechnet sich diese stark verbilligte Netzkarte, weil er Kunden behalten und neue gewinnen kann. Verbilligte Karten haben sich auch bei Studierenden und bei den Beschäftigten großer Unternehmen bewährt – warum nicht auch bei Menschen mit Arbeitslosengeld 2 und niedrigem Einkommen?

Es liegt auf der Hand: Kassel braucht ein Sozialticket, so wie es in einer wachsenden Zahl von deutschen Städten gefordert wird und teils schon durchgesetzt wurde. In Kassel hat sich auf Anregung von Attac ein 'Initiativkreis Sozialticket' gebildet, der Druck machen will für die Einführung eines Sozialtickets in Kassel, nicht irgendwann – sondern so schnell wie möglich.

Norbert Domes

PRAXIS IN DER SOZIALVERWALTUNG

Bei der AFK alles bestens? Hartz4 zu wenig

Das ist die Botschaft der Herren der Stadt zum Umgang mit ALGII-EmpfängerInnen.

Die Kasseler Linke.ASG hat in einem Antrag gefordert, die HilfeempfängerInnen nicht schlechter zu behandeln, als es das Hartz IV Gesetz vorschreibt. Wenigstens das, denn die Entwürdigung und Verarmung von Erwerbslosen durch diese Gesetze ist ohnehin schlimm genug. Aber nein, der Antrag wird abgelehnt, denn es gäbe ja höchstens und auch nur eventuell mal einen bedauerlichen Einzelfall...

Die Realität sieht aber ganz anders aus. Das Resümee von verschiedenen Gesprächen, die ich mit MitarbeiterInnen von der AFK und professionellen BeraterInnen von anerkannten Institutionen geführt habe, war: „Die AFK kommt ihrer gesetzlichen Informationspflicht in keiner Weise nach.“ „Während es sehr viele MitarbeiterInnen der AFK gibt, die ausgesprochen korrekt und achtungsvoll mit den Betroffenen umgehen, kann das Verhalten anderer nicht anders als schikanös beschrieben werden.“ Und weiter: „Es gibt interne mündliche Dienstweisungen, dass durch Vorenthalten von Auskünften, die den Leistungsbeziehern zu ihrem Recht verhelfen, der Leistungsbezug möglichst verringert werden soll.“ Wenn das kein Skandal ist! Und weitere Auskünfte: „Die Bescheide sind häufig falsch, bisweilen vierfach unterschiedlich bei der gleichen Person zum gleichen Zeit-

punkt. Und in der Regel zu Ungunsten der Betroffenen.“

Die Hauptpunkte, in denen nach Auskunft von Beratenden die Rechte von LeistungsempfängerInnen beschnitten werden, sind folgende:

Die Eingliederungsvereinbarungen müssen angeblich sofort unterschrieben wer-



► **Petra Aulepp-Wulff**

Sozialpolitisch Aktive in der Kasseler Linke.ASG

petra.aulepp@kasseler-linke-asg.net

den, die Annahme der Anträge wird erst mal verweigert, unangemeldete Hausbesuche sind an der Tagesordnung, die Leistung für die Unterkunft wird ohne Mitteilung gekürzt, von den Nebeneinkünften wird zuviel Geld abgezogen, Geld für den Umzug bei Unglücksfällen oder Säuglingsausstattung wird verweigert und Begleitung bei Terminen wird abgelehnt...

Die Liste der ungesetzlichen Handlungen könnte endlos weitergeführt werden. „Das Schlimmste aber ist dabei die Willkür durch gänzlich unterschiedliche Entscheidungen je nach SachbearbeiterIn und vor allem das Klima der Angst, das mit verächtlichem Umgang und falschen Behauptungen erzeugt wird.“ Nie gibt es eine Entschuldigung, wenn die AFK einen Fehler gemacht hat. Wenn offizielle Beratungsstellen sich einschalten, wird das Geld kommentarlos und zügig bezahlt, wer sich aber nicht gut vertreten lassen kann oder keine Hilfe sucht, muss es ausbaden. Ganz oft jedenfalls handelt die AFK nach dem Muster: „Man kann es ja erst mal versuchen, wir sitzen ohnehin am längeren Hebel.“

Dies alles sind stichhaltige Auskünfte von Beratenden. Und erschwerend kommt hinzu, dass Kassel bei Sanktionen ganz vorn ist. Nach dem Motto: Die Kasseler AFK bürgt für Qualität! Und hierfür verantwortlich sind nicht (zumindest nicht in erster Linie!) die MitarbeiterInnen, sondern die politisch Entscheidenden in Stadt und Landkreis. Zur Qualität einer „guten“ Verwaltung aber gehören menschenwürdiger Umgang, rechtlich korrekte Umsetzung der Gesetze und konstruktive Hilfen, die ein würdiges Leben ermöglichen, für die, die in und von unserer Gesellschaft an den Rand gedrängt wurden. Petra Aulepp

125 Euro beträgt der Kaufkraftverlust des Hartz IV-Regelsatzes seit seiner Einführung.

Das heißt: Würde man heute den BürgerInnen mit geringem Einkommen die gleiche „Lebensqualität“ zubilligen wie bei der Einführung des Hartz IV-Regelsatzes vor 3 Jahren, müsste dieser Satz von 345 Euro sofort auf 470 Euro angehoben werden!

Nicht nur Hartz IV-EmpfängerInnen, sondern alle Menschen mit geringem Einkommen sind von diesem enormen Kaufkraftverlust betroffen. Besonders leidtragend sind die Kinder. Wer wenig Einkommen hat, muss fast sein gesamtes Geld für Essen, Trinken und Energie aufwenden. Gerade hier sind die Preise in letzter Zeit aber dramatisch gestiegen. Vielen Arbeitslosen, prekär Beschäftigten, RentnerInnen und anderen mit geringem Einkommen ist es nicht mehr möglich, diesen enormen Kaufkraftverlust auszugleichen! Immer mehr Betroffene wenden sich Hilfesuchend an die Beratungsstellen.

Nun hat sich ein Bundesverband gegründet, der sich zum Ziel gesetzt hat, die verschiedenen Verbände und Organisationen zu vernetzen.

Am 17.05.2008 um 13:00 Uhr sind alle Betroffenen und Interessierten eingeladen, ins Philipp-Scheidemann-Haus, Raum 106, Holländische Str. 72 – 74 in Kassel zu kommen. VertreterInnen aus der Politik, von Organisationen, Initiativen und Verbänden wollen zusammen mit Betroffenen dieser dramatischen Entwicklung entgegenwirken.

Infos unter: www.Bundesverband-Arbeit-und-Soziales.de

Email bausev@gmx.de

Tel: 0152/09895612 und 0152/09895611

Veranstalter: Bundesverband Arbeit und Soziales e.V., Kassel

Impressum linkS zeitung

Herausgeber: Kasseler Linke.ASG

ViSdP: Norbert Domes

Obere Königstr. 8, 34117 Kassel

Tel 0561 787 3315,

E-Mail kontakt@Kasseler-Linke-asg.net

www.kasseler-linke-asg.net

Auflage: 5.000

Druck: Grafische Werkstätten

Satz und Layout: Leonie Blume



SOZIALDERZERNAT

Kassel braucht eine Sozialdezernentin

Dr. Barthel, Stadtkämmerer und oberster Sparkommissar der Stadt, ist seit etwa vier Jahren zugleich auch Sozialdezernent.

Mit der Schwarz-Grünen-Kooperation 2003 und der Wahl von Anne Janz (Grüne) zur Dezernentin Anfang 2004 wurde zugleich die Zahl der hauptamtlichen Dezernenten von 6 auf 5 gesenkt. Der Bereich Soziales ging an Dr. Jürgen Barthel (SPD). Damit wurde der Bock zum Gärtner gemacht. Für Sozialpolitik in dieser Stadt ist seit dem ein Mann zuständig, der die Armen nur als lästige Kostenfaktoren betrachtet, der voll und ganz hinter der Politik des Sozialabbaus durch Agenda 2010 steht, der eine Politik der Abschreckung gegen Menschen betreibt, die auf Unterstützung angewiesen sind.

Vor vier Jahren war es der damalige CDU-Oberbürgermeister Lewandowski, der Barthel das Sozialdezernat zuwies. Der folgenschwerste Fehler des heutigen OB Hilgen ist, dass er diese fatale Entscheidung bisher nicht korrigiert hat. So bestimmt weiterhin ein Mann die Sozialpolitik, der es für einen Erfolg hält, wenn seine Sachbearbeiter bei der AFK pro Arbeitslosen auch nur eine Minute Bearbeitungszeit einsparen. Der voller Überzeugung verkündet, in der Stadt Kassel dürfe es keinem Empfänger von Sozialhilfe besser gehen als in Bad Karlshafen. Die Stadt dürfe keinerlei Anreize für den Zuzug von Menschen geben, die auf Leistungen angewiesen sind.

Jüngste Belege für schwere Defizite der politischen Führung im Sozialbereich sind im Bericht der Arbeitsförderung Kassel dokumentiert. Die AFK verfügte, laut ihrem Geschäftsbericht 2007, über rund 22 Mio. Euro für „arbeitsintegrative Maßnahmen“. Von denen schickte sie allerdings mehr als 5,7 Mio. Euro ungenutzt zurück an die Bundesagentur für Arbeit. Dr. Barthel erweist sich seit Jahren als unwillig oder unfähig, diese Qualifikationsgelder in voller Höhe für eine kommunale Arbeitsmarktpolitik einzusetzen. 2005 wurden 27 Mio. zurückgegeben, 2006 waren es 2,7 Mio. In der Summe der letzten drei Jahre sind es fast 36 Millionen Euro. Alle Jahre wieder präsentiert Dr. Barthel mit blumigen Worten dieselben Ausreden, warum das Geld

nicht eingesetzt wurde.

Qualifikationsmaßnahmen vergeigt

Im Antrag der Kasseler Linken.ASG zur Kommunalen Arbeits- und Ausbildungsförderung wird eine Möglichkeit vorgestellt, Qualifizierungsmaßnahmen und die Schaffung gesellschaftlicher Werte zu verknüpfen. Die Ausbildungs- und Arbeitsvergütung soll dem jeweiligen Tarif entsprechen, denn der Überschuss an Geldern zeigt, dass es keinerlei „Sachzwänge“ für



► von Norbert Domes

Fraktionsvorsitzender der Kasseler Linke.ASG im Stadtparlament
norbert.domes@kasseler-linke-asg.net

unterbezahlte Ausbeutung gibt. So werden im Landkreis Kassel arbeitslose Jugendliche mit der Sanierung des Wasserschlosses Wülmersen erfolgreich qualifiziert. Was im Landkreis funktioniert, sollte in Kassel Stadt nicht unmöglich sein. Auch hier gibt es lohnende Projekte, die auf ihre Realisierung warten. Da sind geeignete Betätigungsfelder wie der Kinderbauernhof am Katzensprung oder der ehemalige Reitstall nur zwei Beispiele.

Jüngste Panne aus dem Hause Barthel

100 nach Tarif bezahlte Stellen will die Stadt Kassel im Zusammenhang mit dem Bundesprogramm „Kommunal-Kombi“ speziell für Langzeitarbeitslose schaffen, so verspricht der Magistrat in einer Pressemitteilung vom 09.04.08. Was auf den ersten Blick eine gute Nachricht scheint, erweist sich als eine schamlose Mogelpackung. Das bis 2010 eingeplante Geld reicht nur um 100 Menschen ein Jahr lang zu beschäftigen – auf zwei Jahre bezogen wer-

den also nur 50 Stellen geschaffen. Während die Bundesagentur für Arbeit für Kassel eine förderfähige Zahl von 1314 Stellen beziffert, will der Magistrat hier gerade einmal ein Bruchteil des Möglichen umsetzen. „Langzeitarbeitslosen Hoffnung auf einen neuen Start zu machen, während diese Arbeitsstellen schon nach einem Jahr wieder aufgrund mangelnder weiterer Finanzierung entfallen, ist schon mehr als zynisch“, so Kai Boeddinghaus von der Fraktion der Kasseler Linke.ASG. Es sei richtig, dass der Bund die größeren Lasten dieses Programms mal wieder auf die Kommunen abgeschoben habe. Eine solch jämmerliche Umsetzung wie sie hier in Kassel geplant ist, ist aber angesichts der immer noch schlimmen Situation am Arbeitsmarkt viel zu wenig. Die Kasseler Linke fordert eine deutliche Aufstockung des Programms. Dabei ist sicherzustellen, dass das Angebot auf Freiwilligkeit basiert und damit die Nutzung als Repressionselement endlich unterbleibt. Die Chance sollte genutzt werden um 1 Eurojobs in tariflich bezahlte Arbeit umzuwandeln.

Norbert Domes



SOZIALE STADT

Nichts gegen das Motto Solar-Stadt

In seiner Rede zum Neujahrsempfang zeichnete der OB ein optimistisches Bild für Kassel. Aufschwung in allen Ecken, steigende Einnahmen, Rückgang der Arbeitslosigkeit, Abbau von Schulden, neue Arbeitsplätze, Zukunftsinvestitionen allerorten. Der so beschworene Aufschwung kommt bei zehntausenden von Kasseler Bürgerinnen und Bürgern nicht an. Man muss schon weit weg vom normalen Alltag sein, um die Vermittlung von Menschen in 1-Euro-Jobs, in Mini-Jobs, in Zeitarbeit, in befristete Beschäftigung zu Niedriglöhnen als erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik zu preisen. Tatsächlich verschlechtert sich die Lage von

Menschen mit geringem Einkommen immer weiter. Gesundheitsreform, steigende Energie- und Lebensmittelpreise, ständige Preiserhöhungen im Nahverkehr fressen mehr verdientes Geld schnell wieder auf. Im Interesse der Menschen mit geringem Einkommen hätte Oberbürgermeister Hilgen zwei drängende Probleme aufgreifen können: Trotz der enorm gestiegenen Energiepreise ist die Heizkostenpauschale in Kassel erst 2008 lediglich um knapp 9% angepasst worden. Eine deutliche Erhöhung der Heizkostenpauschale für Bezieher von Sozialleistungen ist weiter überfällig. Niemand soll in Kassel gezwungen sein, im Mantel in seiner Stube zu sit-

zen, niemand soll gezwungen sein, entweder frieren oder hungern zu müssen. Bei den viel zu geringen Pauschalen der Sozialleistungen ist der Nahverkehr für Menschen mit geringem Einkommen nicht zu bezahlen. Kassel braucht dringend ein Sozialticket, wie es andere Städte bereits eingeführt haben. Das Diakonie-Ticket ist zwar besser als nichts – aber immer noch viel zu teuer. Die trotz des Aufschwungs wachsende Armut hatte der Oberbürgermeister bei seiner Rede jedoch nicht im Blick. Seine Botschaft richtete sich an die auf der Sonnenseite des Lebens. Sollte darin die tiefere Bedeutung des Wortes ‚Solar-Stadt‘ liegen?

Norbert Domes

STADTUMBAU

Neue Qualität für die Friedrich-Ebert-Straße

Es ist das alte Lied, nur die Strophen sind jedesmal neu.

Anträge der Kasseler Linken werden erst abgeschmettert und dann von denen, die dagegen gestimmt haben, umgesetzt und die Initiative auf die eigenen Fahnen geschrieben. Häufig kaum oder gar nicht abgewandelt! Am besten kann das die SPD.

Am 11. September 2006 wird so mit dem Antrag der Kasseler Linke.ASG, den öffentlichen Raum zwischen Annastraße und Ständeplatz neu zu strukturieren und entsprechende Planungen anzugehen, umgegangen. Er wird - wie so oft - kühl abgelehnt. Bei Enthaltung der Grünen stimmt die Phalanx von SPD, CDU und FDP gegen den Antrag, obwohl kommunales Handeln

angesichts der augenfälligen Probleme in der Friedrich-Ebert-Straße überfällig ist. Die vielen häufig wechselnden Leerstände der Ladengeschäfte sind nicht zu übersehen. Logische und verständliche Argumente der Antragsbegründung verfangen jedoch ebensowenig wie die Inhalte des Antrages selbst. Auch wenn die Nutznießer einer Aufwertung - Fußgänger, Radfahrer, Gewerbetreibende und letztlich auch die Immobilieneigentümer - gleichermaßen benannt werden, haben sich die Fraktionen dem Thema nicht ernsthaft zugewendet. Sie wissen natürlich genau, dass ein Handeln der Stadt nicht mehr länger hinausgeschoben werden kann und dass der Ortsbeirat zusammen mit Aktiven aus dem Stadtteil im Hintergrund schon initia-

tiv geworden ist. Aber das alles reicht nicht, dem Antrag der Kasseler Linken zuzustimmen. Da half es auch nicht, sich mit Kritik an der langjährigen Taten- und Phantasielosigkeit von Magistrat und Verwaltung in dieser Frage zurückzuhalten.

Inzwischen gibt es, was gut ist, einen runden Tisch, der sich der komplexen Problematik annimmt und wir können, was uns freut, davon ausgehen, dass Stadt und Verwaltung den von uns geforderten wichtigen Programmpunkt stadtplanerischen Handelns auf die Agenda genommen und in den Haushalt eingestellt haben. Warum der Antrag zuvor erst ablehnt wurde, ist nicht wirklich nachvollziehbar. Die Damen und Herren in der Stadtverordnetenversammlung wissen doch inzwischen, dass wir uns nicht so leicht die Butter vom Brot nehmen lassen.

In den kommenden Monaten wird im hessischen Landtag ohne die Stimmen der Linkspartei kein einziger wichtiger programmatischer Punkt der Wahlversprechen von Grünen und SPD Chancen auf Umsetzung haben. Wir hoffen, dass das die Situation in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung verändern wird. Denn wenn sich in der hessischen Bildungs- und Hochschulpolitik Veränderungen nur mit den Stimmen der Linken verwirklichen lassen, dann lässt sich vielleicht ja in Zukunft auch mal eine Straße in Kassel auf die Initiative der Kasseler Linke.ASG hin zukunftsfähig umbauen. Drake Schmidt



GEWERBEFLÄCHEN

Langes Feld - Sandershäuser Berg

Kassel hat zahlreiche nicht genutzte Gewerbeflächen wie zum Beispiel den Bahnhof Bettenhausen und untergenutzte Flächen wie die Hafer- und Kakao-Fabrik gegenüber von Salzmann. Diese Flächen wären für Beschäftigte sehr gut erreichbar, die teure Straßenerschließung und technische Infrastruktur ist bereits zu großen Teilen bezahlt.

Die Reaktivierung dieser Gewerbebrachen und untergenutzten Flächen wird von Stadtbaurat Witte nur unzureichend verfolgt. Damit liegt er auf der Linie seiner Vorgänger. Gewerbebrachen wieder nutzbar zu machen, ist mit erhöhtem Aufwand verbunden: Altablagerungen müssen beseitigt werden, die Erschließung der Flächen ist schwieriger und Eigentümer haben überzogene Verwertungsinteressen.

Weil der Aufwand gescheut wird, fließen Personalkapazitäten und (Förder-)gelder weiterhin in die Umwandlung von landwirtschaftlichen Flächen in Gewerbegebiete. Eine wohlthuende Ausnahme in der Stadtpolitik war die Anfang der 90er Jahre gestartete Umnutzung von Kasernen, die sich jetzt langsam ihrem Ende nähert.

Seit einigen Jahren wird das im Süden der Stadt gelegene Lange Feld als dringend benötigte neue Gewerbefläche herbeigeredet und vorbereitet wurden große Flächen angekauft.

Dort soll - nach den Vorstellungen der Rathausfraktionen von SPD, CDU und FDP und von Teilen der Verwaltung - ein 100 Hektar großes Gewerbegebiet errichtet werden. Das Lange Feld sorgt für frische Luft in der Stadt, ist Naherholungsfläche und Lebensraum von teilweise seltenen Tieren und Pflanzen. Das soll einer Gewerbefläche geopfert werden, die vorgeblich zwingend notwendig sei und zu der es keine Alternative gäbe. Das trifft auf hef-

tige Kritik aus den betroffenen Stadtteilen, von Umweltverbänden, der Kasseler Linke, ASG und den Grünen. Der Zweckverband Raum Kassel hat eine Alternative ins Spiel gebracht, ein Gewerbegebiet am Sandershäuser Berg in Niestetal. Im Vergleich zum Langen Feld hat es den klaren Vorteil, die Umwelt geringer zu beeinträchtigen.

Sandershäuser Berg

Für zwei Gewerbeflächen von je rund 100 Hektar reicht die Nachfrage nicht und ist auch finanziell nicht zu leisten. Wenn der wohl besser geeignete Sandershäuser Berg zuerst entwickelt werden soll, was OB Hilgen auf einer Pressekonferenz kundtat, gibt es in den nächsten 20 Jahren, bis das Gebiet frühestens vollständig genutzt ist, keinen Bedarf für das Lange Feld.

Um das Ende des Barthelschen Lieblingsprojekts zu verhindern, hat die Stadt Kassel unter ihrer Führung zusammen mit den reichen, SPD-geführten Gemeinden aus dem Speckgürtel eine Steuerungsgruppe gebildet, die eine gleichzeitige Entwicklung beider Flächen als interkommunale Gewerbegebiete propagiert.

Grundsätzlich ist der Ansatz des interkommunalen Gewerbegebiets zu begrüßen. Allerdings wurden bisher der Landkreis Kassel als auch die ärmeren Gemeinden aus dem Umland ausgegrenzt. Mit dem Willen, das Lange Feld gegen die Bevölkerung, gegen fachliche Argumente und Finanzausgleichsinteressen ärmerer Gemeinden durchzudrücken, betreibt die Stadt eine Politik der Nicht-Information und schaltet ausgerechnet den Zweckverband Raum Kassel aus, der erfolgreich das interkommunale Güterverkehrszentrum (GVZ) umgesetzt hat. Soweit so schlecht.

Nachhaltigkeit?

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss auf Antrag der SPD im Februar 2006 einstimmig, dass die Stadt ein Konzept zur Mobilisierung von Gewerbebrachen erarbeiten soll. Ferner, dass alle Möglichkeiten zur Finanzierung des Flächenrecycling durch Fördergelder zu nutzen sind. Leider ist dieser Beschluss vom Ma-

gistrat bis heute nicht umgesetzt worden. Die im März 2006 zum großen Teil wieder gewählten Stadtverordneten haben ihre hehren Ziele offenbar aus den Augen verloren.

Mit den neuen Fördermitteln aus dem Europäischen Strukturfonds (EFRE) bestand die Chance, ein Kasseler Programm zur Nutzung von Gewerbebrachen zu finanzieren. Stattdessen wurde beschlossen, allein 6 Mio. Euro EFRE Gelder (Weitere Mittel im zweistelligen Millionbereich kommen noch dazu) in die Erschließung des Langen Felds zu versenken. Das Flächenrecycling würde wieder nicht systematisch gestartet.

Überholte Strategie

Das verbreitete Dogma „neue Gewerbegebiete gleich Firmenansiedlungen gleich neue Arbeitsplätze und zusätzliche kommunale Einnahmen“ hat fachliche Risse bekommen. Das Deutsche Institut für Urbanistik hat nachgerechnet und ist bei vielen Beispielen auf eine negative Bilanz gestoßen. Eine große, auf breiterer Datenbasis aufbauende Studie ist im Moment in der Bearbeitung.

Die große Illusion von durch die Republik ziehenden Investoren, die „neue“ Arbeitsplätze und Wirtschaftsaufschwung nach Kassel bringen, solange nur genügend attraktive Flächen im Angebot sind, sollte inzwischen verflogen sein. Die Neubauten auf Äckern erfolgen überwiegend von Betrieben aus der Region. Die mit zahlreichen öffentlichen Geldern geförderten Betriebsverlagerungen hinterlassen an dem Altstandort die nächsten Gewerbebrachen.

Es ist überfällig den Flächenverbrauch zu stoppen und endlich den Weg einer nachhaltigen Stadtentwicklung einzuschlagen.

Voruntersuchung zur Realisierung des Gewerbebrachen Sandershäuser Berg Wirtschaftlichkeitsbetrachtung:

www.zrk-kassel.de/pdf/vor_sandersh_berg.pdf

Langes Feld Infoseite der Stadt Kassel. Hier sind die Gutachten zu finden.

www.langesfeld.de

BI Pro Langes Feld. Hier findest Du eine kritische Auseinandersetzung mit dem Gewerbebrachen Vorhaben

www.langesfeld.kilu.de



GEBÜHRENERHÖHUNG BEIM ABWASSER

Bürger nicht schröpfen, KEB nicht im Regen stehen lassen

Eine Gebührenerhöhung beim Abwasser ist für uns nur akzeptabel, wenn sie vollständig zur Kostendeckung des Kommunalen Entwässerungs Betrieb (KEB) dient und wenn zugleich den Menschen, die auf Sozialleistungen gleich welcher Art angewiesen sind, ein Ausgleich durch erhöhte Kosten der Unterkunft zugestanden wird.

Beides ist nicht der Fall. Die Aufnahme unseres Antrags auf Anpassung der Kosten der Unterkunft in die Tagesordnung wurde von einer Mehrheit von SPD, CDU, Grünen

und FDP verhindert. Unser Antrag konnte so noch nicht einmal diskutiert werden. Inzwischen ist die notwendige Erhöhung der Kosten der Unterkunft von allen anderen Fraktionen abgelehnt worden.

Zwar ist es, auch Dank der Hartnäckigkeit unserer Fraktion, gelungen, Barthels obskure ‚Bürgerschaftsverzinsung‘ aus der Gebührenerhöhung zu streichen. Aber immer noch wandert fast die Hälfte der Gebührenerhöhung als ‚Eigenkapitalverzinsung‘ direkt in den Stadthaushalt. Der KEB hat davon nichts. Zugleich werden dem KEB die geplanten Investitionen in den nächsten vier Jahren um etwa 27 Millionen Euro gekürzt. Geld fehlt für die dringende notwendige Sanierung des Kanalnetzes. Damit werden die Lasten in die Zukunft verschoben.

So wird der KEB unter Druck gesetzt. Am Ende droht dann: verkaufen, privatisieren, weil das Unternehmen angeblich so schlecht wirtschaftet und Schulden macht.

Einen Schritt in Richtung Privatisierung ging die Mehrheit von SPD, CDU, Grünen und FDP mit dem Beschluss, die ‚Stadtentwässerung und die Frischwasserversorgung

unter dem Dach des KVV-Konzern oder dem Eigenbetrieb KEB erneut zu prüfen‘. ‚Unter dem Dach des KVV-Konzern‘ ist das Aus für den Eigenbetrieb, bedeutet 19% Mehrwertsteuer auf die Gebühren und hat damit Gebührenerhöhung zur Folge.

Verantwortungslos handelt die CDU, die alle Entscheidungen zu Lasten des KEB (die schnelle Rückzahlung des Gründungskredits an die Stadt durch den KEB, die Belastung des KEB mit der Eigenkapitalverzinsung) mit getragen und mit beschlossen hat und sich nun über die Folgen beschwert und populistisch eine Gebührenerhöhung ablehnt.

Ja zu dieser Gebührenerhöhung heißt, die Einkommensschwachen im Regen stehen lassen, Nein zu jeder Gebührenerhöhung heißt, den KEB im Regen stehen lassen. Wir wollen weder das eine noch das andere Übel und haben uns deshalb bei der Abstimmung enthalten und werden unsere Forderungen nach Teuerungsausgleich für die Armen und nach Erhalt des Eigenbetriebs KEB weiter mit Nachdruck vertreten.



Bücherverbrennung 1933 in Kassel

Am 19. Mai 1933 wurden unter der Leitung des NS-Studentenbundes und im Beisein von 30.000 Kasseler BürgerInnen 2000 Bücher aus Kassels Leihbibliotheken auf dem Friedrichplatz verbrannt. Diese seit dem 10. Mai 1933 in ganz Deutschland durchgeführte „Aktion wider den undeutschen Geist“ diente zur Durchsetzung der „kulturellen“ Hegemonie der Nationalsozialisten. Ziel der Aktion waren Werke der den Nationalsozialisten nicht genehmen AutorInnen und WissenschaftlerInnen: Bücher von jüdischen, kommunistischen und sozialistischen AutorInnen wie Walter Benjamin, Anna Seghers und Erwin Piscator. Bücher von Freidenkern und Kritikern des Nationalismus wie Kurt Tucholsky. Bücher von Pazifisten wie Erich Maria Remarque und Bücher von ausländischen Schriftstellern wie André Gide, Ernest Hemingway und Ilja Ehrenburg. Großartige Werke vieler anderer SchriftstellerInnen wurden aus den Bibliotheken entfernt und verbrannt. Viele der angefeindeten SchriftstellerInnen

erhielten - wie Erich Kästner - in der Folge Publikations- und Tätigkeitsverbote. Andere wurden - wie Arnold Zweig - ins Exil gedrängt oder zur Flucht gezwungen. Wieder andere fielen - wie Carl v. Ossietzky und Erich Mühsam - den faschistischen Henkern in den KZs zum Opfer. Die „Kasseler Post“ posaunte am 21.05.1933:

„Auch in Kassel hat sich der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund zum Werkzeug dieser Säuberungsarbeit gemacht ... In den letzten Tagen wurden aus den Leihbüchereien der Stadt Kassel mehrere Tausend Bücher und Schriften beseitigt und ... im Beisein einer riesigen Menschenmenge den Flammen überantwortet.“

Wie überall in Deutschland rundete auch in Kassel die Bücherverbrennung eine Reihe von Maßnahmen ab, die der Durchsetzung der Nationalsozialistischen Herrschaft dienten und für die Ausgrenzung und den Beginn von Terror und Verfolgung rassistisch, politisch und religiös Missliebiger stehen. Diese Aktion kann durchaus in eine Reihe mit anderen Massenaktionen der Nazis im Jahr 1933 gestellt werden. Dazu ge-

hören der Siegeszug der Kasseler Nazis am 31. Januar, die große Hitlerveranstaltung am 11. Februar, diverse Boykottaktionen gegen jüdische Geschäfte im März und April sowie die vermutlich größte Versammlung in Kassel überhaupt, am 1. Mai, dem „Tag der nationalen Arbeit“. So wurden die weitgehend zerstrittenen Gegner demoralisiert und die Ideologie der Volksgemeinschaft eindrucksvoll inszeniert. 12 lange Jahre konnte so auch in Kassel ein nie dagewesenes Schreckensregiment errichtet werden.

Noch am 31. März 1945 brachten Nazischergen 79 ausländische Zwangsarbeiter am Kasseler Bahnhof Wilhelmshöhe um. Am 4. April 1945 bereiteten amerikanische Panzertruppen dieser Schreckensherrschaft in Kassel ein Ende.

Jonas Dörge

Mittwoch 21.05. Stadtmuseum 18 Uhr

„Von der Eisernen Front zum Hakenkreuz - Kassels Weg in den Nationalsozialismus“, danach Lesung „Literatur auf dem Scheiterhaufen“

LINKE IM LANDTAG

Für eine neue Politik in Hessen

Seit der Wahl am 27. Januar ist klar: Die Wählerinnen und Wähler in Hessen wollen eine andere Politik.

Koch hat seine absolute Mehrheit verloren und ist nur noch geschäftsführend im Amt. Eine Mehrheit links der CDU kann jetzt Politik gestalten und hat bereits bewiesen, dass sie das auch tun wird.

Sechs Abgeordnete bilden die neue Linksfraktion. Im täglichen Ablauf des hessischen Landtags haben wir einiges durcheinander gebracht. Eine neue Fraktion stellt eine große logistische Aufgabe dar: Es mussten zunächst einmal Arbeitsbedingungen für uns geschaffen werden. Dazu muss man wissen, dass der Landtag seit mehreren Jahren eine Großbaustelle ist. Das Herzstück, der neue Plenarsaal, wurde mit Beginn der Legislatur in Betrieb genommen. Wir konnten endlich unsere Büros beziehen und werden in den nächsten Tagen auch mit der notwendigen Technik ausgestattet. Um arbeitsfähig zu sein brauchen wir einen kleinen Mitarbeiterstab, der gefunden werden muss. Abgeordnete betreiben Wahlkreisbüros, um vor Ort für Bürgerinnen und Bürger erreichbar zu sein. Mein nordhessisches Büro ist in der Schillerstr. 21 in Kassel.



Die ersten politischen Erfolge haben wir bereits in der ersten Plenarsitzung erzielt: Es gibt eine Mehrheit gegen Studiengebühren und für die Rückkehr des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft der Länder. Gemeinsam mit der SPD und den Grünen werden wir in den Ausschüssen darüber beraten wie im Einzelnen diese wichtigen Schritte gestaltet werden.

Einen Abschiebestopp für Flüchtlinge aus Afghanistan konnten wir mit dieser linken Mehrheit durchsetzen. Und genau hier wird sich zeigen, wie ernst es Herrn Koch mit seiner Zusage ist, die Beschlüsse des Parlaments umzusetzen. Innenminister Bouffier hat bereits angekündigt, diesen Beschluss nicht umzusetzen.

Mit derselben Ausländerfeindlichkeit, die die CDU bereits im Wahlkampf an den Tag gelegt hat, versucht sie jetzt, die Abschiebung damit zu begründen, dass viele dieser jungen Männer straffällig seien. Hier wird wieder mit den Ängsten der Menschen gespielt und ein rassistisches Feindbild gebaut. Integration geht anders Herr Koch!

Die Fraktion hat in ihrer ersten Klausur in Wiesbaden Erbenheim in der Domäne

Mechthildshausen getagt. Hier wird ökologischer Landbau betrieben, die Erzeugnisse direkt vermarktet und in einer Gaststätte wird vollwertiges Essen angeboten. Etwa 500 junge Menschen werden hier ausgebildet, die überwiegend keinen Schulabschluss haben. Dieses sehr erfolgreiche Projekt ist jetzt gefährdet, da das US-Headquarter hierher verlegt werden soll. Unsere Entscheidung ausgerechnet dort zu tagen war eine unserer ersten Protesthandlungen. Aber wir haben uns auch schon mit den Vertreterinnen und Vertretern der sozialen Initiativen getroffen und besprochen, wie wir gemeinsam dieses Land im Interesse der Menschen verändern können.

In der Klausur haben wir unsere Arbeitsschwerpunkte für das laufende Jahr festgelegt. Wir wollen keine Fraktion hinter verschlossenen Türen sein und werden deshalb regelmäßig öffentlich an verschiedenen Orten im Land tagen.

Unsere Arbeitsschwerpunkte in 2008 werden sein: Bildung, Kampf gegen Armut, Arbeits- und Beschäftigungspolitik, Gesundheitspolitik, Steuergerechtigkeit, Demokratie, Frieden und umweltgerechte Industriepolitik.

Für Anregungen und Nachfragen wenden Sie sich bitte an Frank Habermann, meinen Mitarbeiter im Wahlkreisbüro unter der Telefonnummer 0561-9201505 oder direkt an mich:

Marjana.Schott@die-linke-hessen.de

Linkspartei erfolgreich im hessischen Landtag

5,1 % der Stimmen hat die Linkspartei in Hessen erzielt und ist damit in den Landtag eingezogen. Das ist in vielerlei Hinsicht bemerkenswert. In den „alten Bundesländern“ ist dies für eine sich links von der SPD einordnende politische Kraft ein historischer Moment. Seit dem Ausscheiden der KPD aus dem hessischen Landtag im Jahr 1950 hat es das nicht mehr gegeben. Mit dem gleichzeitigen Einzug der Linkspartei in Niedersachsen konnte sich dieses Phänomen im Westen der Republik konsolidieren. Damit wenden sich nun - nach den Jahren der antisozialen und entsolidarisierenden Schröder'schen Politik - auch im Westen der Bundesrepublik Teile der

Bevölkerung in Wahlen einer linken Alternative zu.

Ypsilanti sorgt für ein knappes Ergebnis

Das Ergebnis für die Linkspartei war in Hessen knapp. Das lag wohl vor allem daran, dass sich in Hessen eine ausgesprochen linke Vertreterin der SPD zur Wahl stellte, die nicht nur mit inhaltlichen Alternativen zu Kochs Politik, sondern auch mit neuen Akzenten innerhalb des bis dato gültigen SPD-Kurses aufwartete und dadurch wieder viele SPD-Wähler mobilisierte. Auch solche, die dieser Partei inzwischen den Rücken gekehrt hatten. Die hessischen

Grünen mit ihrem Vorsitzenden Al Wazir, der sich sehr deutlich gegen die erzkonservative Koch'sche CDU-Politik in Position gebracht hat, gehören (mittlerweile) auch wohl eher dem linken Parteiflügel an. Damit ist festzustellen: Hessen wählt wieder links! Das ist seit der Abwahl Hans Eichels im Jahre 1999 ein schon fast historischer Moment.

Die Linkspartei zog mangels überregional bekannter Spitzenkandidaten mit klaren inhaltlichen und programmatischen Schwerpunkten in den Wahlkampf. Auch das ist für die bundesdeutschen Wahlkämpfe der letzten Jahrzehnte bemerkenswert. Umso eigenartiger und „schräger“ ist

die aktuelle, schon fast hysterische Medienkampagne, die ausschließlich moralisch und formal geführt wird. Obwohl es einige inhaltliche Schnittmengen in der Bildungs-, Umwelt- und Sozialpolitik zwischen SPD und Grünen mit der Linkspartei gibt, wird so getan, als sei eine parlamentarische Kooperation - wie auch immer organisiert - jenseits alles Denkbaren und gänzlich „unanständig“. Warum Koalitionen der SPD mit der FDP oder gar der CDU, in denen sich natürlich wesentlich weniger von den im Wahlkampf propagierten Inhalten durchsetzen ließen, kein Wortbruch der SPD an ihren Wähler sein sollen, bleibt das Geheimnis wütender Gazetten und der rechten SPD-Netzwerker im Hintergrund. Angst vor dem Kommunismus? Das ist ein Witz! Angesichts der eigenartigen Stellungnahmen des ehemaligen hessischen Spitzenkandidaten der Linkspartei und einer DKP-Genossin auf der niedersächsischen Landesliste der Linkspartei das Gespenst des Kommunismus an die Wand zu malen, ist angesichts der programmatischen Aussagen der Linkspartei und ihrer Anhängerschaft nahezu grotesk.

Linkspartei durch Landtagswahl gestärkt

In der bundesdeutschen Gesellschaft gibt es aktuell weit und breit keine relevanten politischen Kräfte, die das gesellschaftliche System grundsätzlich in Frage stellen. Selbst Protestbewegungen wie anno '68 oder wie die Friedens- und Anti-AKW-Bewegungen in den siebziger und achtziger Jahren, in denen Kommunisten „umstürzlerische Wühlarbeit“ leisten konnten, sind nicht in Sicht. Auch die gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen halten sich alle brav an die Spielregeln. Die Linkspartei

nimmt insgesamt programmatisch und auch, was die politische Ausrichtung der meisten ihrer Mitglieder und Mandatsträger anbetrifft, fast genau den Platz ein, den die Sozialdemokratie unter Schröder geräumt hat. Man staunt und stellt fest, wie selbst brave sozialdemokratische Politik von den Medien und dem politischen Establishment inzwischen verteufelt wird.

Die in vielen Stadtparlamenten und Landkreisen für Verbesserungen auf wichtigen sozial- und umweltpolitischen Feldern aktiv arbeitenden und kämpfenden Mandatsträger der Linkspartei können sich über den Erfolg der Landtagsfraktion der Linkspartei zu Recht freuen. Ihre bisher oft isoliert geleistete unermüdliche politische Arbeit wird durch die neue Fraktion im Landtag und den damit verbundenen Möglichkeiten gestärkt und aufgewertet.

Jonas Dörge

Die Metzgerin, die Mieten und die Fahrpreise

Das gar nicht mehr endend wollende Gezeiere über die Ehrenhaftigkeit des Gewissens einer Frau Dagmar Metzger – vom Extra-Tip-Kommentator und Immer-Noch-SPD-Mitglied Klaus Becker bis zum Ex-Tagesthemen-Moderator Ulrich Wickers – geht mir ziemlich auf den Geist.

Zugestanden, anfangs konnte man schon in Verschwörungstheorien schwelgen. Wo hat sie sich entschieden? Im Skiurlaub in der Schweiz? Muß man da nicht zwangsläufig an Liechtenstein vorbei? Liechtenstein - hatte dort nicht ein brutalstmöglicher Aufklärer ein fettes Konto von seinem Vorgänger geerbt, von dem wohl „Kosten“ gezahlt werden sollten, für die man keine Quittung brauchte? War da nicht was im Vorjahr mit der Vergütung bei einem Wahlverzicht für die Freien Wählergemeinschaften?

Alles Quatsch. Die weitere Debatte in der SPD brachte es ans Licht. Klar hat sich der Koch auf die Schenkel geklopft. Aber die, die der Metzgerin das Messer in die Hand gedrückt hatten, das waren die Regierungssozialdemokraten, die Steinbrücks, Steinmeiers, Strucks, Münteferings & Co. Natürlich ging es dabei nicht um Metzgers „Gründe“ - den Mauerbau und die Folgen der deutschen Teilung vor 46 Jahren. Was hätte das auch mit der Politik, dem Programm oder dem Personal der LINKEN zu tun gehabt. Worum es ging und immer noch geht, ist die Zentrallinie der SPD.

Obwohl Andrea Ypsilanti im Wahlkampf nur auf Landesthemen gesetzt hat und alles außen vor gelassen hat, was die Bun-

desregierung beschädigen könnte (Hartz IV, Gesundheitsreform, Steuerpolitik oder Afghanistan), hat sie doch für ein betont linkes Programm geworben: Kostenfreie, nicht elitär konzentrierte Bildungspolitik, Mindestlöhne, Privatisierungen bremsen, regenerative Energien fördern. Das haben ihr viele Doch-noch-einmal und Wieder-SPD-Wähler gedankt und das hat der LINKEN Stimmen gekostet.

Im Sinne der Regierungs-SPD ist das nicht. Diese hält fest am Schröder'schen Agenda-Kurs: Wenn's Großindustrie und Banken gut geht, wird auch für die Beschäftigten was abfallen. Vor allem aber für die, die das als Politiker umsetzen und noch als soziale Wohltat zu verkaufen versuchen. Und damit es Industrie und Handel noch besser geht, wird privatisiert, was sich noch zu Geld machen lässt, angefangen bei der Deutschen Bahn.

Wenn der Ypsilanti-Kurs sich bundesweit durchsetzen würde, könnten sie ganz schnell abdanken, die Steinmeiers, Steinbrücks, Strucks. Da opfert man gerne die eigene ungeliebte Regionalfürstin, überlässt den Dolchstoss aber vornehm einer No-name-Newcomerin.

Auch in Hessen stehen jetzt nach den Wahlen „wirtschaftsfreundliche“ Entscheidungen auf der Tagesordnung des Landes ganz oben: Es geht um die Privatisierung der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft Nassauische-Heimstätte / Wohnstatt und der Hessischen Landesbahn. Entscheidungen, die sich massiv nachteilig für Millionen Hessen auswirken würden.

Axel Selbert

Terminkalender

Treffen, Veranstaltungen, Aktionen, Demos, ...

Donnerstag 15.05.08
Offene Fraktionssitzung,
Stadtverordnetenvorbereitung, um 19 Uhr im Schlachthof, R 3, Mombachstr. 12

Mittwoch 21.05.08
Stadtmuseum 18 Uhr
„Von der Eisernen Front zum Hakenkreuz - Kassels Weg in den Nationalsozialismus“, danach Lesung „Literatur auf dem Scheiterhaufen“

Aktuelle Termine findest Du unter www.kasseler-linke-asg.net

▶ AG Grundsicherung

Mittwochs 10 - 12 Uhr
Hartz IV - Bürgersprechstunden
DIE LINKE, Schillerstraße 21
Bescheid mitbringen !

**+ DIE +
LINKSZEITUNG**

Die Linkszeitung www.linkszeitung.de ist eine Online-Zeitung im Internet. Sie berichtet seit Jahren über ein weites Themenspektrum und charakterisiert sich selber als frei, sozial und konsequent kritisch. Sie hat freundlicherweise unserer lokal erscheinenden Zeitung der Kasseler Linke. ASG erlaubt, den Namen weiterzuverwenden.